I.H.55

Das 20. Jahrhundert

Widerstand in der DDR – Ein Einzelfallbeispiel

Angelika Neumayer

© oxinoxi/iStock / Getty Images Plus

Wolfgang Welsch wurde 1964 nach versuchter Republikflucht festgenommen, insgesamt zu 10 Jahren Haft verurteilt, von denen er über sieben Jahre absaß. Er hatte in Ost-Berlin Flugblätter verteilt, nahm aus Protest gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Kontakt zur UNO auf, sabotierte während seiner Haftzwangsarbeit die DDR-Produktion und wurde 1971 von der Bundesrepublik freigekauft. Er engagierte sich in der Fluchthilfe und verhalf ca. 220 DDR-Bürgern zur Freiheit. Seine Geschichte zeigt ein eindrucksvolles Beispiel von Widerstand.

VORSCHAU

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe:	9/10
Dauer:	2 Unterrichtsstunden
Kompetenzen:	Untersuchung von Textquellen hinsichtlich Zeit- und Standortgebundenheit, Analyse von Bildquellen
Thematische Bereiche:	DDR, Widerstand
Medien:	Texte, Farbseite

netzwerk lernen

zur Vollversion

Fachliche Hinweise

Der Fall Wolfgang Welsch

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel von Widerstand und Repression ist der Fall Wolfgang Welsch. Wolfgang Welsch wurde 1964 nach versuchter Republikflucht festgenommen, insgesamt zu 10 Jahren Haft verurteilt, von denen er über sieben Jahre absaß. Er hatte in Ost-Berlin Flugblätter verteilt, nahm aus Protest gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Kontakt zur UNO auf, plante einen Film über die Remilitarisierung der DDR, sabotierte während seiner Haftzwangsarbeit die DDR-Produktion und wurde 1971 von der Bundesrepublik freigekauft. Er engagierte sich in der Fluchthilfe und verhalf ca. 220 DDR-Bürgern zur Freiheit. Unterstützt wurde er dabei von Franz Josef Strauß. Entgegen dem Schweigegebot prangerte Welsch die DDR wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen öffentlich im ZDF an und wandte sich abermals an die UNO. Er überlebte drei Mordanschläge (ZOV Skorpion) des Ministeriums für Staatssicherheit. Es ist der einzige Fall, in dem sich der Täter öffentlich äußerte und den Mordauftrag der Stasi im Westen bezeugte.

„Wendejahr 1976“

Mit dem „Wendejahr 1976“, also der Ausbürgerung Wolf Biermanns und der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, begann sich eine oppositionelle Bewegung zu entwickeln, und zwar aus den unterschiedlichsten Motiven heraus: Engagement für Menschenrechte, Bürgerrechte, Frieden, Frauen, Umwelt. Die Massenproteste von September bis November 1989 sind zum Teil als „Gegenbewegung“ zur Massenflucht über Ungarn und die bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau zu sehen. Trotzdem: Gemessen an den Hunderttausenden, die die DDR verlassen wollten, nahm sich die Zahl der Oppositionellen bescheiden aus. 1989 schätzte das MfS das Gesamtpotenzial der DDR-kritischen Bürgerrechtsgruppen auf 2500 Personen, darunter etwa 600 Aktivisten, und den harten Kern der „vielfach unbelehrbaren Feinde des Sozialismus“ auf 60 Personen. Die Bilder der jubelnden Menschen auf dem Balkon im Palais Lobkowicz in Prag verfehlten ihre Wirkung nicht. Sie waren Motivation und Katalysator für die Dagebliebenen, die nun verstärkt ihren Protest auf die Straße trugen. Dass die Massenproteste in der DDR eine solche Eigendynamik entwickelten, ist u. a. dem widerständigen Verhalten von Roland Jahn zu verdanken, der vom Westen aus die Filmaufnahmen der Demonstrationen und des Verfalls der DDR steuerte und in dem ARD-Magazin „Kontraste“ für West und Ost publizierte.

Das Ende der SED

Die Staatlichkeit der DDR wurde von den meisten weitgehend zersplitterten Oppositionsgruppen jedoch kaum angetastet, ebenso wenig wie die Wiedervereinigung ein primäres Diskussionsthema und Ziel war. Es ging um das Ende der SED und die Auflösung des MfS, die Herstellung von Demokratie, um die Einhaltung von Grundrechten mit Reisefreiheit und um freie Wahlen mit dem Ziel der Selbstbestimmung der DDR-Bürger. Erst nach dem Mauerfall, dem 10-Punkte-Plan Helmut Kohls und den Vorschlägen des runden Tisches entstand auf den Straßen der Ruf nach einem einigen Deutschland – und damit war das Weiterbestehen der DDR nur noch eine Frage der Zeit. Das Ergebnis der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 war eindeutig: Die Wähler wollten die Einheit und nicht den Sozialismus.

© RAABE 2020

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion

Memorandum (1973) M 3

Aufgaben

1. Ermittle aus dem Text die Vorwürfe, die Wolfgang Welsch der DDR macht, und weise nach, dass es sich bei seinem Vorgehen um eine Widerstandshandlung handelte.
2. Charakterisiere den Sprachstil des „Memorandums" und überlege, welchen Eindruck der Text möglicherweise auf die Leser gemacht haben könnte.
3. Interpretiere die Karikatur und setze sie in Beziehung zum „Memorandum".

Angesichts der bevorstehenden Abstimmung über die Aufnahme der „Deutschen Demokratischen Republik" in die Vereinten Nationen am 18. September 1973 erklärt der Unterzeichner dieses Memorandums den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen:

Seit nunmehr 24 Jahren existiert im östlichen Teil Deutschlands ein System, welches seit seiner Begründung im Jahre 1949 den Anspruch erhebt, gemäß der UN-Charta und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 zu handeln.

Den Vereinten Nationen und der gesamten Weltöffentlichkeit ist jedoch hinreichend bekannt, dass gerade die „Deutsche Demokratische Republik" („DDR") die elementarsten Postulate der Menschenrechte permanent missachtet.

Kern allen Rechts in der „Deutschen Demokratischen Republik" ist die strikte Unterordnung und entsprechende Auslegung der Rechtsnormen, nach den sich ständig wandelnden Forderungen und Vorgaben der kommunistischen Parteiführung. Als Inhaber unveräußerlicher, überstaatlicher Menschenrechte wird der „DDR"-Bürger von den dort herrschenden Machthabern nicht anerkannt.

Jeder wird mit strafrechtlichen Mitteln, Gewalt und Terror unschädlich gemacht, der sich der von der Führungsclique der monopolistischen Staatspartei „SED" gewünschten politischen Linie nicht anschließen will oder sich dieser sogar widersetzt. Es herrscht eine Diktatur finsterster Ausprägung. Diese antidemokratische und zutiefst inhumane Staatsdoktrin bestimmt auch Form und Ziele der Rechtsprechung. Es gibt in der „Deutschen Demokratischen Republik" Tausende politische Gefangene. Um Geständnisse zu erpressen und den Willen zu brechen, werden sie gefoltert. Neben den Morden an der innerdeutschen Grenze mordet auch die Geheimpolizei der „DDR", das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

Es gibt in der „Deutschen Demokratischen Republik" kein unabhängiges und überparteiliches Recht. Nach kommunistischem Verständnis sind Staat und Recht und damit auch die Menschenrechte als Instrumente der Klassenherrschaft lediglich historische Kategorien, Werkzeuge in den Händen der Machthaber, die sie zur Durchsetzung ihrer menschenverachtenden Politik immer perfekter und grausamer handhaben.

Da die politische Macht in der „DDR" aus der angeblich „historischen Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei" definiert wird, beruht sie nicht auf freien und geheimen Wahlen. Nach wie vor missachtet die kommunistische Staatsführung das Selbstbestimmungsrecht von siebzehn Millionen Bürgern des Landes.

In der „Deutschen Demokratischen Republik" gibt es weder Rede- noch Pressefreiheit noch das Recht des Einzelnen auf ungehinderten und freien Zugang zu Informationen. Das Ministerium für Staatssicherheit der „DDR" verdeutlicht die permanente Rechtsunsicherheit und Unfreiheit, indem es willkürlich politisch Andersdenkende verhaftet und politische Gefangene, an nationalsozialistische Tradition anknüpfend, gegen Devisen an die Bundesrepublik Deutschland verkauft. Damit steht die „DDR" in einer Reihe mit Sklavenhalterstaaten, die mit ihren Untertanen nach Belieben verfahren.

© RAABE 2020

VORSCHAU

netzwerk lernen
zur Vollversion

Einreisestempel der DDR in einem alten deutschen Reisepass und Visum für Ausreise in die BRD, Reisepass der DDR.

Beide Bilder © picture alliance / imageBROKER.

© RAABE 2020

VORSCHAU

zur Vollversion